



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 35

E/VI/36

12. Februar 1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

Das Spiel Frankreichs	S.1
Auch Russland hat eine Fremdenlegion	S.3
Beratungen auf Schloß Babelsberg	S.5
Flüchtlings-Ausweis - Lukasehks Feigenblatt	S.6

## Der grosse Bluff

-nn. Die triumphalen Töne, die jetzt an der Seine angeschlagen werden, lassen das Europäertum Frankreichs in einem seltsamen Licht erscheinen. Seit durch die Konferenz Truman-Pleven die Weltmeinung aufgekommen ist, dass der deutsche Beitrag zur westlichen Verteidigung vertagt sei, schreiben die Pariser Federn offener als vor einigen Wochen, da die europäische Verteidigungskonferenz diplomatisch vorbereitet wurde. Damals wurde der Pleven-Plan im Zeichen der deutsch-französischen Verständigungspolitik als bestes Stück europäischen Fortschritts gefeiert. Heute reibt man sich in Paris die Hände, dass die deutsche Aufrüstung auf Eis gelegt sei. Vor wenigen Wochen konnte man sich nicht genug tun, die volle Gleichberechtigung der Bundesrepublik bei der Lösung der europäischen Verteidigungsfragen herauszukehren und jedes deutsche Bedenken als antieuropäisch zu geisseln. Jetzt heisst es, Deutschland habe sich auf eine unerträgliche Weise zum Schiedsrichter nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch unter den Westmächten selbst aufgeworfen. Man verhehlt nicht die Genugtuung darüber, dass es der Bundesrepublik nun unmöglich geworden sei, aus den politischen Gegensätzen Kapital zu schlagen. Dem Seufzer der Erleichterung darüber, dass die deutsche Gefahr nun gebannt scheint, folgt ein tiefer Atemzug der Hoffnung auf eine französisch-sowjetrusische Allianz wie in der guten alten Zeit...

Die internationale Nachrichtenmache hat ihr Werk getan. Dank den guten Quellen der interessierten Mächte konnte die Meinung, dass die

Amerikaner sich militärpolitisch an Deutschland desinteressiert hätten, nicht nur verbreitet, sondern auch geglaubt werden. Zu den Opfern gehörte auch die Bundesregierung, der man allerdings zugute halten muss, dass sie über eigene, direkte Informationsquellen im Ausland kaum verfügt. Die inzwischen von hoher amerikanischer Seite gegebenen Versicherungen, dass sich an der grundsätzlichen Einstellung der Vereinigten Staaten zum deutschen Verteidigungsbeitrag nichts geändert habe, reinigten die Atmosphäre. Wichtiger als der politische Tatbestand erscheinen die Folgen jener offenbar falschen Nachrichten. In der Annahme, über die Amerikaner in der deutschen Frage einen Sieg davongetragen zu haben, hat Frankreich zu erkennen gegeben, dass es im Grunde nichts anderes will als die Verhinderung der deutschen Aufrüstung um jeden Preis. In Brüssel lagen die Dinge noch so, dass man, wenn die grundsätzliche Zustimmung schon nicht zu umgehen war, mit dem Projekt des Plevin-Planes wenigstens Zeit, viel Zeit zu gewinnen trachtete. Morgen, auf der Vierer-Konferenz, wird Frankreich wohl den sowjetrussischen Plan der Entmilitarisierung Deutschlands unterstützen, wie dies der MRE-Politiker Maurice Schumann bereits gefordert hat.

Es ist deutlich geworden, dass die französische Politik und in wachsendem Maße auch die britische die Vertagung des deutschen Verteidigungsbeitrages nicht nur bis zum Ende der Viermächte-Konferenz erstreben. Bei beiden Ländern gründet sich diese Politik offenbar nicht allein auf die Sorge und Furcht vor einem "wiedererstarkenden Deutschland", sondern auch auf den Wunsch, die Präzrität in der Versorgung mit amerikanischen Waffen zu erhalten. Gibt die Angst vor dem deutschen "Dynamismus", wie es in einem Pariser Bericht kürzlich hiess, den Ausschlag für die französische Beurteilung dieser Frage, dann wird man sich jenseits des Rheines nicht wundern dürfen, wenn die hierzulande bestehenden Zweifel an den Bemühungen Frankreichs um die deutsch-französische Verständigung, und zwar in einem wahrhaft europäischen Sinne, noch zunehmen. Politik vom Standpunkt des Beherrschens und Kleinhaltens ist antieuropäisch, und es macht keinen Unterschied, ob ein um seine Freiheit ringendes Volk mit einem Plevin-Plan zu einer Nation zweiter Klasse degradiert oder eine Montan-Union ins Werk gesetzt wird, die in wichtigen Teilen darauf angelegt ist,

den deutschen Partner niederzuhalten.

Selbst bei einer falschen Prämisse soll man seine Behauptungen noch durch Verdächtigungen anderer untermauern. Das ist offenbar das Rezept des "Combat", der behauptet, Dr. Schumacher, der vor vierzehn Tagen noch bereit gewesen wäre, gegen die Sowjetunion in den Krieg zu ziehen, dränge jetzt nach dem Umschwenken der Amerikaner auf die deutsche Einheit, indem er den Kanzler zu einer Annäherung an den Osten zu bewegen versuche. Der dem Wort Schumachers von der offensiven Verteidigung zugrunde liegende Gedanke, dass Deutschland im Falle seiner Beteiligung an der westlichen Abwehr nicht zum Schlachtfeld werden dürfe, wird in Frankreich wohl nie verstanden werden, obgleich der Schutzwall an der Elbe nicht nur für das deutsche Volk die entscheidende Voraussetzung ist, sondern auch dem französischen Bürgerstaat zugute käme. Eines sollte man in Frankreich aber begriffen haben, dass Wiederherstellung der Einheit und Verteidigungsbeitrag für die deutsche Sozialdemokratie keine Alternative darstellen und dass zur Erreichung der Einheit weder eine Annäherung an den Osten noch die Unterstützung von Kriegsplänen jemals in Betracht kommen kann.

#### Eine russische Fremdenlegion

sp. Wo immer das Thema Fremdenlegion zur Diskussion steht, wird Frankreich als Geburtsland und Afrika und Indochina als Einsatzgebiete dieser Legion genannt werden. Weniger bekannt dürfte es sein, dass im Osten Europas eine Truppe ausgebildet wird, die allen Anspruch darauf erheben kann, als sowjetische Fremdenlegion bezeichnet zu werden.

Die Anregung zur Schaffung einer russischen Fremdenlegion erfolgte nicht durch die Russen selbst, sondern wurde anlässlich einer internen Besprechung zwischen den in Moskau akkreditierten Diplomaten einiger Volksdemokratien gegeben. Man unterbreitete zunächst den Plan dem Sektionschef der 4. Abteilung des sowjetischen Außenministeriums, Kirsantoff. Dessen Einfluss bei Marschall Bulganin war es zu verdanken, dass man dem Projekt Interesse entgegenbrachte und ihm schliesslich zustimmte.

Die so aufgestellte Truppe wurde in kurzer Zeit auf einen vorläufigen Stand von rund 90 000 Mann gebracht. Sie setzt sich im wesentlichen

aus Polen, Ungarn, Tschechen, Bulgaren und Rumänen zusammen. Es handelt sich um jüngere Jahrgänge, die 1947 ihre Präsenzdienstzeit angetreten haben. Während die aufgestellten Einheiten unter sowjetischer Aufsicht stehen, liegt das Kommando in den Händen eigener Offiziere und Unteroffiziere. Die Ausbildung erfolgt an allen modernen Waffen und sonstigen technischen Hilfsmitteln der neuzeitlichen Kriegsführung. Objektiv gesehen steht die Vielseitigkeit der Ausbildung in keinem Verhältnis zur Gesamtstärke der Truppe, es sei denn, die einzelnen Soldaten werden als Instrukteure für bestimmte Kampfformationen umfassend geschult und später eingesetzt (Partisanenkämpfer). Darauf lässt auch die Tatsache schließen, dass alle Legionäre in der Handhabung der modernsten Nachrichtensmittel ausgebildet werden, und zwar u.a. in Podolsk (Raum Moskau), einer Nachrichtenschule, die als Agenten- und Sabotageschule mit Recht einigen Ruf in der Welt genießt. Dass nebenbei auch eine Fallschirmspringerschule absolviert wird, liegt durchaus im Sinne des späteren Einsatzes.

Die Unterkünfte der Legionäre liegen in Weißrussland und der nördlichen Ukraine so abgelegen, dass die Soldaten nur selten Kontakt mit der Aussenwelt bekommen. Mit Sicherheit kann gesagt werden, dass selbst höheren Offizieren das Bestehen dieser Legionärstruppe unbekannt ist; allerdings könnte das MVD erschöpfende Auskunft geben, denn ihm unterstehen die Legionäre zweifelsohne.

Nach etwa 18 Monaten bis 3 Jahren praktischer Ausbildung und Betätigung erfolgt die Rückführung der Legionäre in die Heimat. Dort selbst genießen sie eine Reihe Vergünstigungen, vor allem eine absolute Sonderstellung für die Aufnahme in den Staatsdienst. Nach bisherigen Feststellungen finden nur Angehörige aus volkedemokratisch regierten Ländern Aufnahme in dieser Fremdenlegion. Die DDR ist nichts anderes als ein Satellit der UdSSR, und der deutsche Soldat ist den Russen als qualitativ hervorragender Kämpfer bekannt. Es wäre daher von besonderem Reiz zu wissen, welchem Zweck die Volkspolizeitruppen im Raum Zerbst dienen; besonders aber interessieren die Einheiten der Volkspolizei, die nordöstlich von Frankfurt/O. und nördlich Chemnitz ausgebildet werden.

Über die Erfahrungen mit den Legionären des Ostens liegen zur Zeit keine Angaben vor. Es ist lediglich bekannt, dass diese sowjetische

Fremdenlegionsstruppe tatsächlich existiert. Vielleicht aber wird das USA-Kriegsministerium einmal über den Einsatz der Légion Etrangère de l'Est in Korea oder an anderen sich noch ergebenden Kriegsschauplätzen der Welt berichten können.

- - - - -  
Beratungen bei Tschuikow

H.K. Auf Schloss Babelsberg bei Potsdam, dem Amtssitz des Chefs der sowjetischen Kontrollkommission, Armeegeneral Tschuikow, finden gegenwärtig Besprechungen der Deutschland-Experten des Kreml mit den führenden sowjetischen und deutschen Machthabern der DDR statt, um die Haltung Moskaus und die seines sowjetdeutschen Satelliten im Hinblick auf die zu erwartende Viermächtekonferenz festzulegen. Die Reaktionen Pankows beweisen, dass man im Kreml entschlossen ist, die propagandistische Trumpfkarte der Wiedervereinigung Deutschlands, die ihm der Westen in einer unbegreifbaren Verkennung ihrer Bedeutung überlassen hat, weiter auszuspielen.

Es vergeht kein Tag, da nicht die Ostpresse den 18 Millionen Deutschen der Ostzone anhand westdeutscher Pressestimmen zu beweisen versucht, dass die Initiative Grotewohls zur Konstituierung eines gesamtdeutschen Rates laufend an Boden gewinne. Tatsächlich sind aber das "Neue Deutschland", (Organ der SED) und die "Tägliche Rundschau" (Organ der sowjetischen Besatzungsmacht) infolge des Zögerns der westlichen Besatzungsmächte und der schwachen Reaktion der Bundesregierung in der Lage, triumphierend festzustellen: das gesamtdeutsche Gespräch findet bereits statt. Das ist aber gerade das, was man in Moskau vor dem Zusammentritt der Viermächtekonferenz unbedingt erreichen wollte.

Bei gutem Willen auf beiden Seiten, so meint der SED-Pressedienst, wäre es "höchst einfach", sich über die Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen zu einigen, unter der Bedingung des Besatzungsetatus könne man aber natürlich weder von "freien, noch von deutschen Wahlen" sprechen. Das lässt erkennen, worauf es Moskau tatsächlich ankommt, nämlich auf die Annulierung der Londoner Empfehlungen vom Jahre 1946, die die Grundlagen der Existenz der Bundesrepublik bilden. Es wird zwar angedeutet, dass auch die DDR aufgelöst werden könne, doch die Voraussetzung dafür

ist zunächst einmal die Selbstaflösung der Bundesrepublik.

Es ist auch kein Zufall, dass im Laufe der letzten Monate in der ostzonalen Polizeiarmee wichtige Umgruppierungen vorgenommen wurden. Nach sowjetischem Muster wurden die Bereitschaften der Volkspolizei zu schlagkräftigen Einheiten von etwa 2000 Mann zusammengefasst, die zum Teil auch durch Artillerie und Panzerabteilungen weiter verstärkt wurden. Diesen kampfstarken Verbänden steht in Helmstedt um an den anderen Grenzübergängen, wie man zynisch feststellt, nur die Feuerwehr gegenüber. In ihrem Appell an den Bundestag hat sich die ostzonale Volkskammer zu einer Reduzierung der Polizeiarmee bereit erklärt. Die Gerichte verdichten sich, wsnach voll motorisierte Bereitschaften aus Thüringen nach der Tschechoslowakei und aus Sachsen hinter die Oder und Weisse verlegt wurden.

-----  
Lukascheks Feigenblatt  
-----

hi. Die Vertriebenen sollen einen neuen Ausweis bekommen, einen Bundesausweis. Der Bundesflüchtlingsminister will zum 20. Februar das Bundesvertriebenengesetz dem Bundeskabinett vorlegen. Das Gesetz bringt inhaltlich keine Überraschungen. Alle Fragen, die darin zu klären waren, sind, soweit bis jetzt erkennbar, mit den Landesflüchtlingsverwaltungen und dem Zentralverband der vertriebenen Deutschen (Z.v.D.) abgesprochen worden. Man kann deshalb nicht verstehen, warum dieses Gesetz, das Lukaschek bereits zum gleichen Datum des vorigen Jahres versprochen hatte, erst jetzt vorgelegt wird. Da das Gesetz aber auch noch in einem Augenblick eingebracht wird, da die Lastenausgleichsdebatte ohne wesentlichen Einsatz des Bundesflüchtlingsministers durchgestanden werden muss - Lukaschek zog es vor, der Verabschiedung des Lastenausgleichsentwurfes im Bundeskabinett fernzubleiben - liegt die Vermutung nahe, dass er es nun als Feigenblatt für die Blöße braucht, die er sich in der entscheidenden Frage gegeben hat.

Es ist das erste Gesetz, das Lukaschek in seiner 1 1/2 jährigen Amtszeit vorlegt (wenn man von der unbedeutenden Regelung der Rechtsstellung der DPs absieht), und es erscheint uns bei aller Freude, dass dieses Gesetz mit der notwendigen Klärung des Begriffs "Flüchtling"

nun endlich Gestalt gewinnt, doch fatal, dass mit diesem Gesetz für die Vertriebenen keine praktische und materielle Hilfe gebracht, sondern papierne Theorie verzapft wird.

Was nützt es, wenn beispielsweise in diesem Gesetz vom Recht auf Umsiedlung für den Heimatvertriebenen gesprochen wird, das Bundesflüchtlingsministerium sich aber den Aufnahmeländern gegenüber bisher auch nicht im geringsten durchzusetzen vermochte? Was nützt es, daß vom Kreditrecht gesprochen wird, wenn der Bundesflüchtlingsminister nicht in der Lage ist, im Kabinett grössere Finanzmittel für soziale Zwecke flüssig zu machen?

Das Bundesvertriebenenengesetz hat angesichts der bitteren Erfahrungen des letzten Jahres bereits weitgehend seinen Wert verloren. Kein Vertriebener sollte sich durch die umfangreichen Presseveröffentlichungen darin beirren lassen, dass alle Aufmerksamkeit und alle Energie der Vertriebenen heute nicht mehr einem platonischen Recht gehört, sondern der Durchsetzung seiner berechtigten Forderungen in dem Gesetzeswerk, das in Deutschland allein den sozialen Frieden herstellen kann. Es geht heute nicht mehr um ein theoretisches Recht der Geschädigten, um einen neuen Ausweis, es geht um höchst greifbare, materielle Dinge.

- - - - -

Freie Gewerkschaften mit Abstand führend

sp. Eine vom Sekretariat des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (I.B.F.G.) ausgearbeitete Aufstellung über die Mitgliedszahlen der Gewerkschaften in Europa zeigt auf, dass von den 35 Millionen insgesamt in Europa gewerkschaftlich Organisierten dem IBFG über 21 000 000 oder 59% angeschlossen sind. Selbst wenn man die zweifellos übertriebenen Angaben des (kommunistisch orientierten) Weltgewerkschaftsbundes (WGB) zugrunde legt, bleiben ihm nicht einmal 8 000 000 oder 22%, der Christlichen Internationale etwa 2 500 000 oder 6%, während die restlichen 13% (rund 4 500 000) keiner Internationale angehören.

+ + + + +

---

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt